

31. März 2017
Pressemitteilung

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma kritisiert EU-Kommissionspräsident Juncker wegen Tolerierung von Segregation und Ausgrenzung von Roma in EU-Mitgliedsstaaten

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, kritisiert anlässlich der Eröffnung der Ausstellung zu „45 Jahren Bürgerrechtsarbeit von Sinti und Roma“ am 03. April 2017 im Europäischen Parlament in Straßburg den EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker wegen dessen Untätigkeit bei der massiven Segregation, denen Roma in vielen Mitgliedsstaaten der EU ausgesetzt sind.

Es reiche nicht aus, dass die Europäische Union nur die fatale soziale Situation in den Vordergrund stellt und verbessern möchte, aber die Ursachen für diese Situation nicht benennt, nämlich den Rassismus und die Apartheid, sagte Rose in seiner Ansprache vor Parlamentariern. „An jedem Tag, an dem diese Segregation geleugnet und ignoriert wird - wie beispielsweise in Italien -, macht sich auch EU Kommissionspräsident Juncker mit seiner Kommission mitschuldig. Denn die EU Kommission hat die Möglichkeit mit einem Vertragsverletzungsverfahren gegen einzelne Mitgliedsstaaten die europäischen Werte durchzusetzen“, so Rose weiter.

Die vollständige Rede von Romani Rose finden Sie im Anhang. Bitte beachten Sie die Sperrfrist. Romani Rose steht in Straßburg am Montag, dem 3. April 2017 von 17.00 Uhr an für Interviews zur Verfügung.

Kontakt über das Büro des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma : +49 (0) 6221 – 98 11 01,
zentralrat@sintiundroma.de.

SPERRFRIST : 03. April 2017, 17.00 Uhr

Romani Rose
45 Jahre Bürgerrechtsarbeit deutscher Sinti und Roma
Straßburg, 03. April 2017

Sehr geehrte Frau Steinruck,
Sehr geehrte Frau Post, Frau Reintke und Herr Federley,
Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ein besonderer Anlass, unsere Ausstellung "45 Jahre Bürgerrechtsarbeit deutscher Sinti und Roma" hier im Europäischen Parlament in Straßburg zeigen zu können.

Es sind die europäischen Regelungen, zuallererst das Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, die uns in unseren jeweiligen Heimatländern Anerkennung und Schutz als nationale Minderheiten geben – wenn sie denn in den einzelnen Nationalstaaten ratifiziert worden sind. Auch in Deutschland war es – über 50 Jahre nach dem Holocaust an den Sinti und Roma – keine Selbstverständlichkeit, dass Sinti und Roma als nationale Minderheit anerkannt wurden. Es bedurfte einer langen Auseinandersetzung mit der deutschen Bundesregierung, um diese Anerkennung durchzusetzen.

Auch das Europäische Parlament hat 2015 den Holocaust an den Sinti und Roma ausdrücklich anerkannt. Als aber am 27. Januar diesen Jahres das Parlament dem Holocaust gedachte, wurde trotzdem das Menschheitsverbrechen an unserer Minderheit von EU Kommissionspräsident Juncker nicht genannt. Der Holocaust an über 500.000 Angehörige unserer Minderheit in Europa wird nach wie vor ausgeblendet und vergessen. Hier muss Europa lernen.

Die Ausstellung, die wir heute eröffnen, zeigt die vielen Ebenen und Anlässe für die politischen Auseinandersetzungen, die die Bürgerrechtsarbeit des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma immer wieder zu führen hatte: die Anerkennung des Völkermords an den Sinti und Roma, die Sondererfassung durch die Polizeibehörden, Diskriminierung und Stigmatisierung in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens und die Entschädigung für die wenigen Überlebenden des Holocausts.

Heute ist unsere Minderheit in vielen Ländern als nationale Minderheit anerkannt. Erst unser politischer Widerstand hat unseren Platz als gleichberechtigte deutsche Staatsbürger und als Angehörige einer nationalen Minderheit in Deutschland durchgesetzt: nationale und kulturelle Zugehörigkeit dürfen staatlicherseits nicht zum Gegensatz gemacht werden.

Und dennoch: alle wissenschaftlichen Studien und Umfragen in Deutschland wie in Europa zeigen eine erschreckend hohe Ablehnung von Sinti und Roma. Wenn sechzig oder mehr Prozent der Bevölkerung keine Angehörigen unserer Minderheit in der Nachbarschaft akzeptieren wollen, dann ist diese Zahl allein ein gesellschaftlicher Skandal für die Europäische Union mit ihren Werten.

Gleichzeitig sind Sinti und Roma, Juden und andere Minderheiten in vielen Ländern Europas einem oftmals auch gewaltbereiten Nationalismus ausgesetzt. In Deutschland wie in Europa sind Sinti und Roma wieder in einer Lage, in der Gefährdung jederzeit in Gewalt umschlagen kann. Deshalb muss der gesellschaftliche Antiziganismus endlich genauso geächtet werden wie der Antisemitismus. Das ist die EU und Europa den Opfern des Holocausts und der Shoah schuldig.

Die Europäische Union muss der desolaten Lage großer Teile der Roma-Bevölkerungen in den Ländern Ost- und Südosteuropas konsequent begegnen. Die dortige Situation hat ihre Ursache in dem massiven und oftmals gewaltbereiten Antiziganismus und führt zum Teil zur Flucht von Roma aus einer perspektivlosen Situation.

Es reicht nicht aus, dass die Europäische Union nur die fatale soziale Situation in den Vordergrund stellt und verbessern möchte, aber die Ursachen für diese Situation nicht benennt, nämlich den Rassismus und die Apartheid.

An jedem Tag, an dem diese Segregation geleugnet und ignoriert wird - wie beispielsweise in Italien -, macht sich auch EU Kommissionspräsident Juncker mit seiner Kommission mitschuldig. Denn die EU Kommission hat die Möglichkeit mit einem Vertragsverletzungsverfahren gegen einzelne Mitgliedsstaaten die europäischen Werte durchzusetzen.

Auf der europäischen Ebene und gleichermaßen von den europäischen Staaten muss deshalb die Bekämpfung des Antiziganismus zum festen Bestandteil sämtlicher Handlungsstrategien werden.

Hierzu hatte der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma im September 2016 eine hochrangige Konferenz zum Antiziganismus durchgeführt, gemeinsam mit der OSZE, dem Europarat, dem Europäischen Parlament und dem Auswärtigen Amt. Ich betrachte es jetzt als wichtigen nächsten Schritt, eine interparlamentarische Koalition gegen Antiziganismus auf den Weg zu bringen. Ein solches Gremium aus Mitgliedern der nationalen Parlamente und der europäischen Versammlungen kann eine wichtige Rolle im Kampf gegen Antiziganismus in Europa einnehmen. Wir fordern alle Parlamentarier in Europa auf, diese Initiative zu unterstützen und politisch Stellung zu beziehen gegen den menschenverachtenden Antiziganismus.

Wir alle wissen, dass sich Antisemitismus und Antiziganismus zuerst gegen Minderheiten richten, dass sie aber im Kern auf die Zerstörung unserer Demokratie und unserer gemeinsamen Werte zielen. Die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma ist ein notwendiger Beitrag nicht nur für die Minderheit, sondern vielmehr für die Gesellschaft und für die Demokratie in Deutschland und in Europa.

Ich danke Ihnen.

Romani Rose
Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
www.sintiundroma.de